

## DER STAATSVETRAG MIT DEN MUSLIMISCHEN VERBÄNDEN IN HAMBURG: EIN WICHTIGES INTEGRATIONSPOLITISCHES SIGNAL.

Ein Interview mit Inka Damerau

In Hamburg leben über 130.000 Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens und sind somit fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Als erstes Bundesland hat die Stadt Hamburg im August dieses Jahres einen Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden in Hamburg vorgelegt und damit einen wichtigen integrationspolitischen Fortschritt erzielt.

Die Vereinbarungen mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde stehen am Ende eines rund fünfjährigen Prozesses. Die ersten Verhandlungen waren Anfang 2007 auf Initiative des damaligen Ersten Bürgermeisters Ole von Beust aufgenommen worden und wurden nun vor dem unter Olaf Scholz geführten SPD-Senat zum Abschluss gebracht.

Im Interview mit unserer stellvertretenden Landesvorsitzenden Inka Damerau sprechen wir über die Ausgestaltung der Verträge und darüber, wie die Vereinbarungen mit Leben gefüllt werden können.

### Aus welchem Grund wurden die Verträge geschlossen und was kann mit ihnen erreicht werden?

Die Stadt Hamburg hat bereits Verträge mit der evangelischen und der katholischen Kirche im Jahr 2005 und mit der jüdischen Gemeinde im Jahr 2007 abgeschlossen. Da ist es nur folgerichtig, auch einen Vertrag mit den islamischen Religionsgemeinschaften zu schließen. Es gilt das, was an islamischem Leben in Hamburg schon lange stattfindet, als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft wahrzunehmen. Gleichzeitig sind die Verträge ein Zeichen gegenseitiger Wertschätzung und gegenseitigen Respektes. Es geht um ein gemeinschaftliches Miteinander für Hamburg.

### Was genau ist Gegenstand der Verträge und was sind aus deiner Sicht die wichtigsten Bestandteile der Vereinbarungen?

Ganz grundsätzlich ist es so, dass mit den Verträgen Leitlinien entwickelt wurden,

die das wechselseitige Verhältnis im Zusammenleben regeln. Zentral sind die Aspekte der praktischen Religionsausübung muslimischer und alevitischer Bürgerinnen und Bürger Hamburgs. Hier geht es u. a. um die Regelung der muslimischen Feiertage und die Gestaltung des Religionsunterrichtes, der in einer fünfjährigen Erprobungsphase weiterentwickelt werden soll. Alle Änderungen im Religionsunterricht erfolgen allerdings in enger Abstimmung mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland und bleiben in evangelischer Verantwortung. Und die Verträge enthalten das ausdrückliche Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu den Werten des Grundgesetzes und zur Gleichberechtigung der Geschlechter. Dies ist ein außerordentlich wichtiges Signal für alle. Gleichzeitig ermöglicht es den islamischen Religionsgemeinschaften, sich klar von den Anhängern extremistischer islamischer Gruppierungen abzugrenzen.

### Nachdem ein antiislamistisches Video im Internet veröffentlicht wurde, kam es weltweit zu schwersten Ausschreitungen. Wie stehst du zu dem vieldiskutierten Verbot des Videos und wie bewertest du die Geschehnisse?

So ein Video, mit dem bewusst viele Menschen verletzt und provoziert werden sollen, ist indiskutabel, sogar widerlich. Ohne Wenn und Aber verurteile ich das. Ich bin aber nicht dafür, das Video zu verbieten, denn die Meinungsfreiheit ist eine wertvolle Errungenschaft unserer demokratischen Gesellschaft und wir sollten uns von solchen Provokateuren nicht hinreißen lassen, diese Grundwerte aufzuweichen. Obwohl es manchmal wirklich schwer auszuhalten ist, möchte ich auch deutlich sagen, dass eine solche Provokation nicht mit purer Gewalt, dem Morden von Menschen und dem Stürmen von Botschaften beantwortet werden darf.

### Zurück nach Hamburg: Der Senat hat die Verträge im August vorgestellt. Sind die Verträge denn schon in Kraft getreten?

Nein, bevor die Verträge in Kraft treten, müssen noch die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft zustimmen. Derzeit sind die Vereinbarungen noch Gegenstand der parlamentarischen Beratungen. In fraktionsübergreifenden Gesprächen wollen wir versuchen, eine breite parlamentarische Mehrheit für die Verträge zu erreichen.

### Bundesweit sind die Verträge auf großes Interesse gestoßen. Wie geht es jetzt in Hamburg weiter?

In Hamburg war das Interesse an den Verträgen bereits vor Bekanntgabe des Abschlusses groß. Der Arbeitskreis Kirchen und Religionsgemeinschaften der Hamburger SPD setzt sich seit längerem mit dem Thema auseinander. Bereits im Juni dieses Jahres hatten wir Gesprächspartner der Schura und des Verbands der islamischen Kulturzentren bei uns im Arbeitskreis zu Gast. Die vielen Reaktionen nach Abschluss der Verträge haben sicherlich damit zu tun, dass wir in Hamburg mit den Verträgen eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen haben und auch Vorbild für andere Bundesländer sein können. Wir müssen jetzt über die Momentaufnahme der öffentlichen Berichterstattung hinauskommen. Nur in konkreten Begegnungen und Gesprächen mit der islamischen und der alevitischen Gemeinde kann gegenseitige Unkenntnis verringert und Vorurteile abgebaut werden. Wir werben sehr dafür, dass solche Gespräche auch in den Stadtteilen stattfinden. Der Arbeitskreis Kirchen und Religionsgemeinschaften wird auch weiterhin im engen Kontakt mit den Vertreterinnen und Vertretern der muslimischen Verbände stehen. Denn die gesellschaftliche Kraft dieser Verträge kann nur aus dem konkreten Miteinander erwachsen.



Stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Inka Damerau

## JETZT BEWERBEN! ELISABETH-OSTERMEIER-PREIS FÜR HERAUSRAGENDE POLITISCHE PROJEKTE

Die politische Arbeit in den Kreisen und Distrikten ist die Basis einer starken SPD in unserer Stadt. Für besonders herausragende Projekte der stadtteilpolitischen Arbeit wird seit 2010 der Elisabeth-Ostermeier-Preis verliehen. Der nach der langjährigen Bürgerschaftsabgeordneten Elisabeth Ostermeier benannte Preis soll besonders gelungene Beispiele für die Vernetzung und Verankerung der SPD vor Ort auszeichnen. So soll auf außergewöhnliche Projekte einer gelungenen Stadtteilarbeit hingewiesen werden, die anderen Inspiration und Ansporn sind. Eine Jury wählt mehrere Projekte aus, die während des Parteitags im Foyer zu sehen sein werden. Drei davon werden als Preisträger mit Geldpreisen geehrt. Bewerbungen oder Vorschläge sind noch bis zum 1. November bei der Landesorganisation möglich. Wir freuen uns auf ein spannendes Abbild der Vielfalt sozialdemokratischer Arbeit in Hamburg und sind gespannt auf eure Vorschläge!

1. Preis: 500,- | 2. Preis: 300,- | 3. Preis: 100,- und der Delegiertenpreis



**Liebe Genossinnen und Genossen,**

vor der letzten Bürgerschaftswahl haben wir frühzeitig begonnen, mit den Hamburgerinnen und Hamburgern darüber zu sprechen, was in der Stadt besser werden muss. Ein Beispiel, das Schule macht. In Vorbereitung auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr wird die SPD dieses Gespräch bundesweit führen und die Bürgerinnen und Bürger danach fragen, welche Ideen und Wünsche sie für unser Land haben.

Das ist der richtige Weg. Wichtig ist, diesen Kontakt nicht nur in Zeiten des politischen Wettbewerbs zu suchen. Wir müssen den Wählerinnen und Wählern auch während der Legislaturperioden die Möglichkeit bieten, das uns entgegengebrachte Vertrauen zu überprüfen. In Hamburg haben wir mit vielen öffentlichen Veranstaltungen, ein Forum dafür geschaffen. Und der Zuspruch, den wir dafür erfahren, ist bemerkenswert.

Die Voraussetzung für einen erfolgreichen Dialog ist eine Grundhaltung, der wir uns in der Politik bei jeder Entscheidung, Tag für Tag bewusst sein müssen: Reden und Handeln müssen zusammenpassen. Nur das schafft politische Glaubwürdigkeit.

Diese Glaubwürdigkeit muss man sich hart erarbeiten und wir brauchen den Mut mit klaren Worten zu sagen, was geht und was nicht. Wenn wir uns vor den schwierigen Themen ducken und stets den Weg des geringsten Widerstandes suchen, sind wir alle schlecht beraten.

Am Ende des Jahres werden wir in jedem der 17 Hamburger Wahlkreise vor Ort gewesen sein. Mit den Vertretern des Senats, mit den Abgeordneten der Bürgerschaft und den vielen Ehrenamtlichen unserer Partei. Lasst uns alle das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern fortsetzen und dabei eine mutige Haltung zeigen. Dann ist die Hamburger SPD für die kommende Bundestagswahl bestens vorbereitet.

Euer

*Olaf Scholz*  
Olaf Scholz

# TROTZ SCHIETWETTER! START DES SPD-BÜRGERDIALOGS IN HAMBURG

Olaf Scholz startet gemeinsam mit Schulsenator Ties Rabe und Sozialsenator Detlef Scheele den bundesweiten Bürger-Dialog der SPD auch in Hamburg.

von Dennis Eighteen

26. September 2012, 11.30 Uhr. Es regnet in der Hansestadt. Doch davon lassen sich norddeutsche Sozis nicht beeindrucken. Der Ida-Ehre-Platz in der City wurde einfach kurzerhand mittels eines Zeltdachs und des roten „Bäckerbusses“ zum annähernd wetterfesten Dialogforum umgebaut. Olaf Scholz und die Senatoren Rabe und Scheele nahmen das „Schietwetter“ gelassen und diskutierten ausgiebig mit Passanten über notwendige Veränderungen in unserem Land. Auf den bereit liegenden Dialogkarten vermerkten die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorschläge zur Frage: „Was muss in Deutschland besser werden?“ Diese Hinweise sollen als Bürgerprojekte den Weg in das Regierungsprogramm der SPD bei der Bundestagswahl 2013 finden. Damit öffnet die SPD ihre Programmarbeit weit über die Grenzen der eigenen Partei hinaus.

**Die Hanseaten sind geübte Politikexperten**

Die Hamburgerinnen und Hamburger kennen sich mit diesem Vorgehen bestens aus. Bereits 2010 waren sie von der SPD Hamburg gebeten worden, sich an der Entstehung des Wahlprogramms zur Bürgerschaftswahl, zu beteiligen. In allen 17 Wahlkreisen fanden Veranstaltungen unter dem Motto „Hamburg gemeinsam gestalten“ statt. Die Ergebnisse der „World Cafés“ bildeten die Grundlage des Regierungsprogramms, welches der SPD in Hamburg im Februar 2011 die absolute Mehrheit einbrachte.

**Bürgerdialog in Hamburg – so geht's weiter**

Jeder Kreis übernimmt federführend eine Themenwoche und führt im Herbst und Winter weitere Veranstaltungen durch. Aber auch jeder Distrikt kann sich selbstständig einklinken. Dialogkarten und Info-Material können über die Landesorganisation bestellt werden.

**SO FUNKTIONIERT DER BÜRGERDIALOG:**

<b>1</b>	<small>SEPTEMBER - DEZEMBER 2012</small>
	<b>PHASE „MEINUNGEN SAMMELN“</b> Im ganzen Land sammelt die SPD Ideen und Meinungen der BürgerInnen – vor Ort, online und am Telefon. Ihr Beitrag wird erfasst und bewertet, wie er ins Programm der SPD eingebunden werden kann. SPD-ExpertInnen fassen alle Beiträge zu den einzelnen Themen in einem Vorschlagskatalog zusammen.
<b>2</b>	<small>JANUAR - MÄRZ 2013</small>
	<b>PHASE „LÖSUNGEN FINDEN“</b> In sechs Bürgerkonferenzen diskutieren BürgerInnen und Fachleute mit prominenten SPD-PolitikerInnen die Vorschläge. Auch Sie können eine Einladung bekommen, wenn Sie sich mit einem interessanten Vorschlag beteiligt haben. Gemeinsam werden aus den Wünschen der BürgerInnen konkrete Lösungen erarbeitet und als Bürgerprojekte ausformuliert.
<b>3</b>	<small>MÄRZ 2013</small>
	<b>BÜRGERKONVENT</b> Auf einem Konvent übergeben die BürgerInnen die ausformulierten Bürgerprojekte der SPD. Diese enthalten konkrete Forderungen und Lösungsvorschläge für deren Umsetzung: Ihre Chance, der SPD-Spitze ihr Projekt zu präsentieren. Die Bürgerprojekte finden dann Eingang in das Regierungsprogramm 2013.
<b>4</b>	<small>JUNI 2013</small>
	<b>DAS REGIERUNGSPROGRAMM 2013</b> Die SPD startet in den Wahlkampf mit einem neuartigen Regierungsprogramm. Erstmals enthält ein Regierungsprogramm neben dem politischen Programm konkrete Bürgerprojekte. Beides will die SPD in der Regierung umsetzen, beide sind gleichwertige Teile des Regierungsprogramms 2013.

**DIE THEMEN IM BÜRGERDIALOG:**

- 1. KINDER UND FAMILIE:** Wie machen wir Deutschland familienfreundlicher? Wie kann Politik Mütter und Väter besser unterstützen? Wie gestalten wir unsere Arbeitswelt familiengerechter?
- 2. JUGEND UND BILDUNG:** Wie schaffen wir gleiche Bildungschancen für alle? Was läuft falsch an unseren Hochschulen? Wie garantieren wir jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz?
- 3. ARBEIT, WIRTSCHAFT, ENERGIIE:** Wie verteilen wir das Wachstum der Wirtschaft auf alle Beschäftigte? Wie garantieren wir Frauen endlich gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt? Wie schützen wir unsere Jobs gegen die Krise? Wie schaffen wir die Energiewende?
- 4. GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ:** Wie erreichen wir eine sichere Gesundheitsversorgung für alle? Was können wir tun, damit Strom und Mieten bezahlbar bleiben? Was muss in der Pflege besser werden?
- 5. GERECHTE GESELLSCHAFT:** Wie verhindern wir, dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden? Wie können wir Kommunen stärken, damit sich Menschen an ihrem Wohnort wohler fühlen? Wie verbessern wir die Situation von Alleinerziehenden?
- 6. UNSER EUROPA: SOZIAL, GERECHT UND DEMOKRATISCH:** Wie brechen wir die Herrschaft der Finanzmärkte in Europa? Wie garantieren wir den Menschen mehr Beteiligung an politischen Entscheidungen? Wie bringen wir Wirtschaft und Banken dazu, sich an demokratische Spielregeln zu halten?

## Berlin direkt

von Ingo Egloff, MdB

### DEUTSCHLAND 2020 – SO WOLLEN WIR MORGEN LEBEN!

„Mir kommt es vor, als lebten deutsche Politik und deutsche Öffentlichkeit in Parallelwelten“, leitete Frank-Walter Steinmeier seine Rede auf unserem Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion Mitte September ein. Ich kann meinem Fraktionsvorsitzenden nur zustimmen: Was wir in den vergangenen Wochen und Monaten von Seiten der Regierung erlebt haben, ist auch für mich kaum zu glauben. Da gibt es undurchschaubare Debatten bei CDU/CSU und FDP, da wechseln die Ansichten im Galopp von hü nach hott und zurück – wer soll dem noch folgen können?

Verständlich, nachvollziehbar und hart am Wind der wirklich wichtigen Themen ist unser Modernisierungsprogramm „Deutschland 2020“, das die SPD-Bundestagsfraktion beim Zukunftskongress erstmals vorstellte. Es sind die Ergebnisse eines Arbeitsprozesses, bei dem wir über ein Jahr mit Akteuren und Betroffenen nach Lösungen für Kernfragen moderner Politik gesucht haben: Infrastruktur, Neuordnung des Arbeitsmarkts,

Ganztagsschulen, Gleichstellung und Integration, demographischer Wandel und gerechte Steuern und Finanzen.

Ich bin einer der Autoren des Kapitels über die Kultur- und Kreativwirtschaft – ein Markt mit rund einer Million Beschäftigten, 137 Milliarden Euro Umsatz und stetigem Wachstum. Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts – der einzige übrigens, der sich bei Gebrauch vermehrt. Als eine Hochburg der Kreativen war Hamburg immer ein guter Aufhänger für unsere zahlreichen Workshops, bei denen wir im Schulterschluss zwischen Politik und Praxis auf die Suche nach Zukunftsperspektiven gegangen sind. Ziel war eine Antwort auf die Frage, wie wir leben wollen.

Vor zehn Jahren waren es wir Sozialdemokraten, die dieses Land modernisiert und dafür gesorgt haben, dass es seinen Anforderungen gewachsen bleibt. Das wird auch von denen bestätigt und gelobt, die damals zu unseren größten Kritikern zählten. Nun ist es an der Zeit, der Agonie und

Phantasielosigkeit der Bundesregierung konkrete Pläne entgegenzusetzen. Wir wollen in einem Land leben, in dem der Strukturwandel der Wirtschaft funktioniert, Zukunftschancen und Teilhabe nicht von der sozialen Herkunft abhängen und wir in einer lebendigen und offenen Gesellschaft mehr Demokratie wagen können – von Willy Brandt, der uns das auf die Fahnen geschrieben hat, stammt auch der Satz: „Der beste Weg, die Zukunft vorherzusagen, ist sie zu gestalten“. Lasst uns nächstes Jahr gemeinsam dafür sorgen, dass wir die nächste Bundesregierung stellen und Deutschland weiter voranbringen können.



## TERMINE

4.–21. Oktober

**AUSSTELLUNG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG: 150 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE**

Die Ausstellung ist im Rahmen der Öffnungszeiten öffentlich und kostenfrei  
Museum der Arbeit | Wiesendamm 3

15. Oktober, 19 Uhr

**SENATOR VOR ORT**

mit Finanzsenator **Peter Tschentscher**  
Kulturschloss Wandsbek | Königsreihe 4

17. Oktober, 19 Uhr

**DISKUSSIONSVERANSTALTUNG DER SPD-FRAKTION: KUNST UND KULTUR IN HAMBURG: NUTZEN WIR DIE CHANCEN KULTURELLER VIELFALT UNSERER STADT?**

Anmeldung unter:  
info@spd-fraktion.hamburg.de

17. Oktober, 19–21 Uhr

**SENATOR VOR ORT**

mit Innensenator **Michael Neumann**  
AMTV Zentrum | Rahlstedter Straße 159

18. Oktober, 19 Uhr

**SENATOR VOR ORT**

mit Sozialsenator **Detlef Scheele**  
„Gute Sozialpolitik trotz knapper Kassen“  
Bürgerhaus Lenzsiedlungen  
Julius-Vosseler-Straße 193

18. Oktober, 18 Uhr

**SENATORIN VOR ORT**

mit Gesundheitssenatorin **Cornelia Prüfer-Storcks** „Organpende-Entscheidung für das Leben“  
Adolph-Schönfelder-Schule | Brucknerstr. 1

20. Oktober AUFTAKT IN HAMBURG: **ONLINE KURS „KOMMUNALPOLITIK UND SPORT DER FES ZU BEDEUTUNG UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN DES SPORTS IN DER KOMMUNE“**

3-wöchige Onlinephase und zwei Präsenzseminare  
Weitere Informationen unter  
www.fes-kommcheckers.de

22. Oktober, 19.30–21.30 Uhr

**WIRTSCHAFT – STARKES HAMBURG**

mit Wirtschaftsminister **Frank Horch**  
ELBCAMPUS | Zum Handwerkszentrum 1

25. Oktober, 18.30 Uhr

**FORUM INTERNATIONALE POLITIK: QUO VADIS ENTWICKLUNGSPOLITIK**

21. JAHRHUNDERT mit **Karin Roth**, MdB, Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Kurt-Schumacher-Haus  
Kurt-Schumacher-Allee 10

29. Oktober, 19.30 Uhr

**BERICHT AUS DEM RATHAUS**

mit Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler** und **Dorothee Martin**  
Stavenhagenhaus | Frustbergstraße 4

10. November, 11–16 Uhr

**NEUMITGLIEDERKONFERENZ**

Kurt-Schumacher-Haus  
Kurt-Schumacher-Allee 10

## ORGANSPENDE – ENTSCHEIDUNG FÜR DAS LEBEN

von Sylvia Wowretzko

Zum facettenreichen Thema der Organspende findet am Donnerstag, den 18. Oktober 2012, 18 Uhr in der Brucknerstraße 1 (Aula der Adolph-Schönfelder-Schule) ein Expertengespräch mit Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Prof. Dr. Dr. med. Hermann Reichenspurner (Chef der Herzchirurgie am UKE und Leiter des Universitären Herzzentrums Hamburg) und Wilfried Buss (Bürgerschaftsabgeordneter a. D.) statt.

### Der Bedarf an Organen ist groß, die Anzahl der Spender zu klein.

Mehr als 12.000 Patienten stehen auf den Wartelisten für ein Spenderorgan – jeden Tag sterben drei von ihnen. Obwohl die grundsätzliche Bereitschaft zur Organspende bei vielen Menschen vorhanden ist, muss die Zahl von 17 Prozent der Bevölkerung mit Spender-Ausweis noch deutlich gesteigert werden, um den Bedarf an Spenderorganen zu entsprechen.

Aufgrund krimineller Machenschaften Einzelner geriet der Bereich der Organspende in der letzten Zeit zu Unrecht in ein negatives Licht. Keine Frage, all diese Fälle müssen genauestens untersucht werden. Sollte sich der Verdacht erhärten, dass u. a.

nommen oder von der Spende ausgeschlossen werden sollen. Einen Zwang zur Organspende gibt es nicht – das Vorhaben, jeden als Spender einzustufen, der sich nicht ausdrücklich dagegen ausspricht, wurde nicht in die Tat umgesetzt.

### Wann werden Organe entnommen?

Nur Patientinnen und Patienten, bei denen auf der Intensivstation festgestellt wird, dass die Gehirnfunktion unwiederbringlich erloschen ist, werden für hirntod erklärt. Wenn von Seiten des Patienten oder der Patientin keine Erklärung zur Organspende vorliegt, entscheiden die Angehörigen, ob es zu einer Spende kommen soll. Bei Zustimmung folgen Untersuchungen, die eine Eignung feststellen sollen. Ob ein Organ wirklich zur Transplantation geeignet ist, kann dann erst nach der Entnahme festgestellt werden. Ist das der Fall, wird es schnellstmöglich zu einem Transplantationszentrum gebracht, wo meist bereits eine OrganempfängerIn wartet.

### Wer ist für die Verteilung von Organen zuständig?

Koordinierungsstelle auf dem Gebiet der Organtransplantation ist die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO), die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat. Bei ihr handelt es sich um eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie arbeitet eng mit den Krankenhäusern zusammen. Eine Organspende ist in jedem Krankenhaus mit Intensivstation durchführbar. Die DSO muss von den Krankenhäusern über



Kassenpatienten schlechter gestellt sind als Privatpatienten, muss man sich das System genau anschauen, um herauszufinden an welchen Stellschrauben gedreht werden muss.

Im Mai dieses Jahres hat der Deutsche Bundestag unter Beteiligung der SPD-Fraktion eine Änderung des Transplantationsgesetzes beschlossen. Ziel der Änderung ist, dass mehr Menschen ihre Bereitschaft zur Organspende bekunden. Sowohl gesetzliche als auch private Krankenversicherungen schreiben jeden ihrer Versicherten (Alter über 16) im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes an. Die Angeschriebenen können auf die Frage, ob sie nach ihrem Hirntod Organe spenden wollen mit „Ja“, „Nein“ oder „Ich weiß nicht“ antworten. Außerdem können sie wie bisher auch angeben, ob nur bestimmte Organe ent-

eine mögliche Organspende informiert werden. Sie arbeitet eng mit Eurotransplant zusammen. Diese gemeinnützige Stiftung ist für die Vermittlung aller Organe zuständig, die verstorbenen Menschen zum Zwecke der Transplantation entnommen werden. Die Kriterien der Vergabe sind Dringlichkeit und Erfolgsaussichten.

Auch wenn die Bereitschaft zur Organspende in Hamburg höher ist als in anderen Bundesländern, übersteigt der Bedarf an Spenderorganen die Nachfrage um ein Vielfaches. Viele Menschen sind auf dem Gebiet sehr unsicher: Allein die Diskrepanz zwischen der Bereitschaft zu spenden und dem Tragen eines Spenderausweises zeigt, dass es erheblichen Aufklärungsbedarf gibt. Hierzu soll die Veranstaltung beitragen.

## FRAGEN? SORGEN? PROBLEME?

**WIR SIND FÜR SIE DA! DAS SPD-BÜRGERBÜRO**

Kurt-Schumacher-Allee 10  
20097 Hamburg  
Telefon 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch,  
Donnerstag  
jeweils 14–16 Uhr

## Impressum

**Herausgeber**  
SPD-Landesorganisation  
Hamburg

**V.i.S.d.P.**  
Karin Timmermann

**Redaktion**  
Lars Balcke  
Benedikt Schaumann

**Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe**  
20. Oktober 2012

**Anschrift**  
Kurt-Schumacher-Allee 10  
20097 Hamburg